



DAS NEUE DEUTSCHLAND- TEMPO

**Beschleunigung gegen
Bürgerbeteiligung?**

**Bundestag startet Bürgerräte -
Mehr Demokratie ist mit dabei!**

**Klimaproteste und
Demokratie**

**Inklusion: Demokratie
für alle**



Doppelter Erfolg! Der Deutsche Bundestag will bis Anfang 2025 bis zu drei zufällig geloste Bürgerräte zu bundespolitischen Themen einberufen. Und: Mehr Demokratie wird die Durchführung im Auftrag des Bundestages koordinieren und kooperiert dafür mit bewährten Partnerorganisationen. Damit betreten wir Neuland und stehen auch offiziell in der Verantwortung für eine neue Beteiligungskultur.

ab Seite 8



Im Interview spricht der Bürgermeister der Losland-Gemeinde Ottersberg, Tim Weber, über seine Zeit bei Mehr Demokratie, über sinnlose und sinnvolle Bürgerbeteiligung, die Rolle von Kunst und Kreativität und seine Erfahrungen mit dem Bürgerrat während des Losland-Projekts.

ab Seite 22



Demokratie für alle bedeutet auch, die 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten mitzunehmen. Oder Texte von Behörden verständlich zu schreiben. Dafür braucht es eine einfache Sprache. Fragen wir uns doch selbst einmal, ob die Texte und Sprache bei Mehr Demokratie inklusiv genug sind.

ab Seite 34

Inhalt

Versuch und Irrtum

- 4 Wie sich mein Denken über Demokratie verändert hat

Bürgerräte im Bundestag

- 8 Bundesweite Bürgerräte kommen!

Demokratie, Wirtschaft und Gerechtigkeit

- 10 Eine Vision für eine europäische Wirtschaftsdemokratie

Beschleunigung und Beteiligung

- 14 BUND: Klimaschutz und Naturschutz gemeinsam gestalten
16 GRÜNE: Mehr Tempo beim Klimaschutz
18 Wie Planungsbeschleunigung durch Beteiligung gelingen kann

Kommunale Demokratie

- 20 Angriff auf die Bürgerrechte in Schleswig-Holstein
22 Losland-Gemeinde Ottersberg: Interview mit dem Bürgermeister Tim Weber

Klimaproteste

- 26 Gastbeitrag: Der Gesellschaftsrat der *Letzten Generation*
28 Das Gesprächsformat „Sprechen & Zuhören“ und die Klimaproteste

Demokratie-Werkzeug

- 32 Die Methode des Systemischen Konsensierens

Inklusion

- 34 Plädoyer für eine Demokratie für alle

Demokratie oder Krieg

- 36 Ein Vorschlag für Volksabstimmungen

Volksbegehren in Österreich

- 38 Politische Satire: Warum das sinnlose Volksbegehren Sinn macht

Jugend-Bürgerrat in Irland

- 40 Junge Ideen zum Artenschutz

Bildungsreise in die Schweiz

Rezension

- 44 Siegfried Schrotta: Lebendige Demokratie

Ländertelegramm

FAQ: Der Podcast von Mehr Demokratie

MD intern

Der demokratische Spruch

- 50 „Die Ärzte“, ein Songtext

Liebe Leserinnen und Leser,

So kann es gehen, damit sie weitergeht - die Debatte: Da liest einer im vorherigen Magazin von der Demokratisierung der Wirtschaft und regt sich auf, weil dazu die Beiträge seiner Meinung nach zu wenig konkret sind. Daraufhin werden ihm vier Seiten im folgenden Heft angeboten, also diesem hier. Die füllt er auch - kräftig, klar und konkret. Gemeint ist der Beitrag von Karl-Martin Hentschel auf den Seiten 10 bis 13. Der hellgrün unterlegte Kasten am Ende hat es in sich; der gehört an so manche Pinwand, vorzugsweise im Bundestag.

Der Schwerpunkt dieses Heftes markiert ein Problem, das mit Siebenmeilenstiefeln auf uns zukommt: die Beschleunigung von Planungsverfahren. Das gab es schon einmal - in den 90er Jahren. Damals wurde auf Kosten der Bürgerbeteiligung beschleunigt. Dabei lässt sich mit dem Beschneiden von Partizipation gar nichts beschleunigen, eher mit ihrem Ausbau. Und heute? Ist die Erkenntnis bei denen angekommen, die um der Planungen willen die Beschleunigung von Planungsverfahren planen? Gleich drei Beiträge geben Antworten. Wenn Sie von da aus weiterblättern, landen Sie auf einem Deich in Schleswig-Holstein. Dort wird, damit die Bürgerinnen und Bürger sich Projekten nicht in den Weg stellen können, die direkte Demokratie aus dem Weg geräumt. Das ist ein handfester Skandal, der Mehr Demokratie nicht kalt lassen kann. Gemeinsam mit anderen gehen wir hier auf die Barrik..., nee, auf die Deiche!

Bleiben wir noch einen Moment bei der direkten Demokratie, die für die Bundesebene noch erkämpft werden muss. Gäbe es sie, ließen sich dann Kriegseinsätze demokratisch(er) legitimieren oder verhindern? Eine Frage, die die Debatte um Krieg und Frieden auch aus der Perspektive von Mehr Demokratie bereichern kann.

Und dann gibt es da noch etwas, das auch für zu Hause taugt, wenn die Familie um den Tisch sitzt und es zu entscheiden gilt, wohin der nächste Ausflug gehen soll. Klar, abstimmen! Aber muss immer gefragt werden, wer zustimmt? Man könnte doch auch fragen, wer keinen Bock hat. Das nennt sich Systemisches Konsensieren und ist freilich nicht nur für die innerfamiliäre Demokratie geeignet. Verblüffend, die Methode und die Ergebnisse.

Gegen Ende des Heftes wird es noch lustig und kreativ ... in Österreich. Das müssen Sie lesen! Den Rest freilich auch. Ich habe hier ja nur meine Lieblingsbeiträge gestreift.

Herzlich grüßt Sie



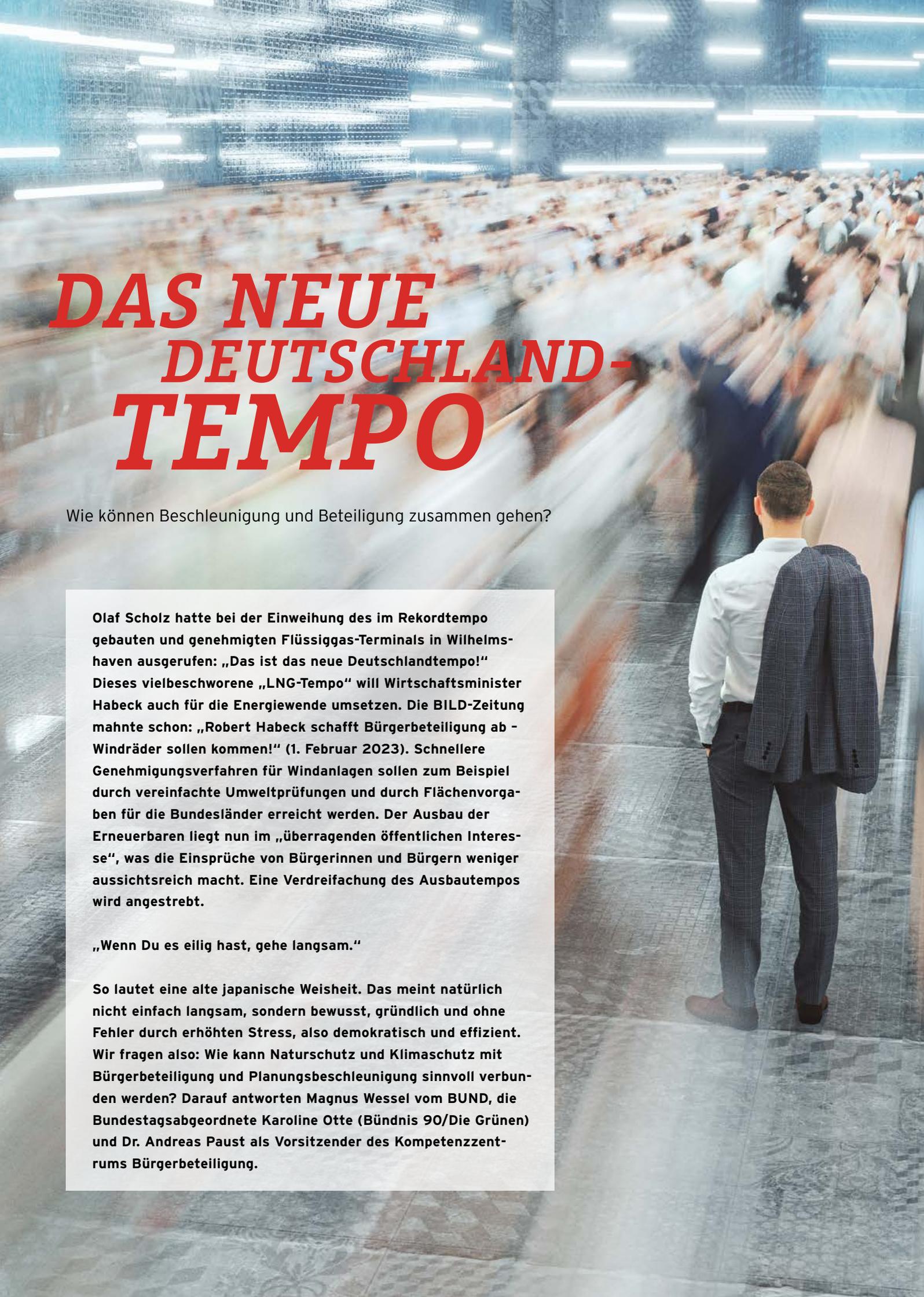
Ihr Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher

P.S.: Mehr Demokratie wird in diesem Jahr 35 Jahre alt. Pünktlich zum Geburtstag erscheint im Juli das nächste Heft.



Ralf-Uwe Beck,
Bundesvorstandssprecher
von Mehr Demokratie.

++ EILMELDUNG ++
Mehr Demokratie hat sich mit einer Bietergemeinschaft dafür beworben, im Auftrag des Bundestages die geplanten Bürgerräte zu organisieren und durchzuführen. Dafür hat die Bietergemeinschaft am 20. März den Zuschlag bekommen.



DAS NEUE DEUTSCHLAND- TEMPO

Wie können Beschleunigung und Beteiligung zusammen gehen?

Olaf Scholz hatte bei der Einweihung des im Rekordtempo gebauten und genehmigten Flüssiggas-Terminals in Wilhelmshaven ausgerufen: „Das ist das neue Deutschlandtempo!“ Dieses vielbeschworene „LNG-Tempo“ will Wirtschaftsminister Habeck auch für die Energiewende umsetzen. Die BILD-Zeitung mahnte schon: „Robert Habeck schafft Bürgerbeteiligung ab - Windräder sollen kommen!“ (1. Februar 2023). Schnellere Genehmigungsverfahren für Windanlagen sollen zum Beispiel durch vereinfachte Umweltprüfungen und durch Flächenvorgaben für die Bundesländer erreicht werden. Der Ausbau der Erneuerbaren liegt nun im „überragenden öffentlichen Interesse“, was die Einsprüche von Bürgerinnen und Bürgern weniger aussichtsreich macht. Eine Verdreifachung des Ausbautempos wird angestrebt.

„Wenn Du es eilig hast, gehe langsam.“

So lautet eine alte japanische Weisheit. Das meint natürlich nicht einfach langsam, sondern bewusst, gründlich und ohne Fehler durch erhöhten Stress, also demokratisch und effizient. Wir fragen also: Wie kann Naturschutz und Klimaschutz mit Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung sinnvoll verbunden werden? Darauf antworten Magnus Wessel vom BUND, die Bundestagsabgeordnete Karoline Otte (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Andreas Paust als Vorsitzender des Kompetenzzentrums Bürgerbeteiligung.

KLIMASCHUTZ UND NATURSCHUTZ GEMEINSAM GESTALTEN

Die Position des BUND - von Magnus Wessel

Deutschlands Ausstoß an klimawirksamen Gasen ist mit circa zwei Prozent der globalen Emissionen mehr als doppelt so groß, wie klimagerecht vertretbar wäre. Die Nutzung von fossilen Energieträgern ist mit den Klimazielen Deutschlands nicht vereinbar. Zudem zerstören Abbau, Verarbeitung und Nutzung fossiler Energieträger direkt oder indirekt großflächig die biologische Vielfalt, nicht nur in Deutschland. Zeitgleich zur Klimakrise befindet sich die biologische Vielfalt auch in Deutschland in einer tiefen Krise, die zusätzliche Belastungen von Arten nicht erlaubt und eine effektive Wiederherstellung von Lebensräumen dringend notwendig macht.

Wir stehen vor der großen Aufgabe, die beiden Krisen des Anthropozäns, die Erderhitzung und den Verlust der Artenvielfalt, gleichzeitig lösen zu müssen.

Klimaschutz ist daher als mehr zu begreifen als die technische Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energiequellen, er ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt und untrennbar mit dem Schutz von Böden, kohlenstoffreichen Ökosystemen und der Neuschaffung von natürlichen Kohlenstoffsenken verbunden. Energie so sparsam wie möglich zu nutzen ist zentral, um einen naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien (EE) zu ermöglichen. Es gilt, den laufenden Wandel der Kulturlandschaft im Zuge der Energiewende und im Klimaschutz mitzugestalten, damit er die Artenvielfalt dauerhaft stärkt. Dafür ist ein guter und fairer Dialog zwischen den Beteiligten notwendig, von der Bundesebene bis zu den Kommunen.

Beschleunigung

Die aktuellen Anstrengungen zum Klimaschutz sind deutlich zu schwerfällig, um den benötigten Umschwung in der Zeit bis 2030 und 2035 auch nur ansatzweise zu erreichen.

Die Gründe für die langwierige Umsetzung sind vielfältig: Neben den gravierenden Lücken in den Grundlagen (so fehlt bis heute ein ausreichend qualifiziertes Greifvogel- und Fledermausmonitoring) sind es vor allem die fehlende politische Unterstützung, insbesondere auf Länder- und kommunaler Ebene, und zu wenig qualifiziertes Personal in den Genehmigungs- und Fachbehörden, die Verfahren ausbremsen. Unzureichende prozessuale und finanzielle Bürgerbe-

teiligung führt zudem zu Protesten vor Ort, ungerechte Verteilung von (oft mal vor allem gefühlten) Lasten und Nutzen (beispielsweise aktuelle Pachthöhen) verschärft lokale Konflikte und verhindert oftmals sachliche Lösungen.

Der BUND fordert daher eine aktive Stärkung der Bürger- und Verbandsbeteiligung im Rahmen einer grundsätzlichen Reform der Gesetze zum Umwelt-, Planungs- und Verfahrensrecht und einer Verbesserung und Ausweitung der direkten Bürgerbeteiligung.

Frühzeitige und real wirksame Alternativenprüfung durch umfassende Beteiligung führt zu Kostensenkung, Vereinfachung und Beschleunigung der weiteren Genehmigungsverfahren. Mit frühzeitiger Abfrage der Akzeptanz des Vorhabens und des Standorts sowie der Klärung von Alternativen können Fehlplanungen verhindert und langjährige politische Auseinandersetzungen um Entscheidungen ausgeräumt werden.

Ausgleich zwischen Land und Stadt organisieren

Wesentlich ist dabei: Eingriffe in die Landschaft für den Klimaschutz, insbesondere durch den Ausbau der erneuerbaren Energien (Wind- und Solaranlagen, Stromleitungen und andere Bauwerke), wird vornehmlich im ländlichen Raum stattfinden. Bewohnerinnen und Bewohner müssen nicht nur am Ausbau partizipieren und von ihm profitieren, sondern auch ihre Sichtweisen und Wünsche in die Planungs- und Genehmigungsprozesse auf der Grundlage solider naturschutzfachlicher Bewertungen wirksam einbringen können. Auf diese Weise können Konflikte schon im Vorfeld vermieden beziehungsweise konstruktiv bearbeitet werden. Dafür müssen wir:

→ **Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Flächenauswahl einbeziehen**

Bürgerinnen und Bürger können sich rein rechtlich an der Flächenausweisung für Windenergieanlagen beteiligen, nutzen diese Möglichkeit aber kaum. Und das, obwohl die Veränderungsmöglichkeiten auf dieser Planungsebene deutlich größer sind, als bei den eigentlichen Projektgenehmigungsverfahren. Daher sollten Bürgerinnen und Bürger bei diesen Verfahren wie die Träger öffentlicher Belange (TÖB) und ►

Verbände systematisch ausgewählt und beteiligt werden, zum Beispiel über Bürgerräte oder Dialogforen.

→ *Bürgerbeteiligung öffentlich fördern*

Die Beteiligung der Bevölkerung bei EE-Projekten vor Ort ist ebenfalls häufig unzureichend und unprofessionell umgesetzt und wird von den Bürgerinnen und Bürgern nicht als fair und auf Augenhöhe empfunden. Der Bund sollte für die Kommunen die Kosten für eine professionelle, allparteiliche Prozessbegleitung übernehmen, um einen flächendeckend hohen Standard zu schaffen. Baden-Württemberg (Forum Energiedialog) oder Hessen (Bürgerforum Energiewende) zeigen beispielhaft, wie die Prozessbegleitung organisiert sein kann.

→ *Finanzielle Vorteile verbessern und das Pachtsystem modifizieren*

Ebenso als unfair wird oft die finanzielle Beteiligung der Kommunen an den wirtschaftlichen Erträgen der Anlagen empfunden. Die verpflichtende Beteiligung von Kommunen an Windenergieanlagen auf Neu- und Bestandsanlagen auszuweiten geht in die richtige Richtung.

Gleichzeitig müssen Anwohnerinnen und Anwohner einfacher auch direkt von den Anlagen profitieren oder sich beteiligen können, dazu zählen der Zusammenschluss in Energiegemeinschaften oder Bürgerenergieprojekte mit Unterstützung eines Bürgerenergiefonds und regionale Stromtarife. Insbesondere Energy Sharing kann ein neuer Marktrahmen sein, um den aus Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften erzeugten Strom über das regionale Verteilernetz vergünstigt nutzen zu können. Somit kann ein Beitrag zum beschleunigten und naturverträglichem Ausbau Erneuerbarer geleistet werden. Eine häufige Ursache für (Un-)Gerechtigkeitsdiskussionen in den Dörfern sind zudem die sehr hohen Pachteinahmen für die Grundstückseigentümer, auf deren Flächen EE-Anlagen errichtet werden. Hier sollte der Gesetzgeber einen Maximalbetrag festlegen und darüber hinausgehende Beträge an die Kommunen verteilen. /



Magnus J. K. Wessel

ist Leiter Naturschutzpolitik und -koordination/Abteilung Biodiversität im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) Friends of the Earth Germany
Magnus.Wessel@bund.net,
www.bund.net

MEHR TEMPO BEIM KLIMASCHUTZ

Karoline Otte beschreibt aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen die Chancen und Risiken einer neuen Planungskultur

Die globale Klimakrise stellt uns vor eine beispiellose Herausforderung. Deshalb brauchen wir eine rasche und effiziente Dekarbonisierung unserer Infrastruktur. Die aktuelle Debatte um die Beschleunigung von Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten muss mit Blick auf die Herausforderung eines sehr dringlichen Umbaus von Infrastruktur für ein klimaneutrales Land geführt werden - vom Windrad bis hin zum öffentlichen Nahverkehr.

Zugleich sind das Bedürfnis nach Energiesicherheit und die allgemeine Sicherheitslage in Europa zurzeit omnipräsent in der Debatte. Es ist tatsächlich von höchster Dringlichkeit, die Planungsbeschleunigung auch voranzutreiben, um die kurzfristige Energiesicherheit zu gewährleisten. Neben der einfachen Kapazitätsfrage geht es aber vor allem darum, ob Deutschland in der Lage ist, sich erfolgreich auf das 21. Jahrhundert einzustellen oder ob es in einer fossilen Vergangenheit verhaftet bleibt.

Vor uns liegen in diesem Jahr im parlamentarischen Prozess zahlreiche Gesetzgebungsverfahren, die Planungsbeschleunigung zum Ziel haben; richtungsweisende Entscheidungen werden zu treffen sein. Gesetzgebungsverfahren rund um das Raumordnungs- und Baurecht, beispielsweise, entscheiden darüber, ob Deutschland die richtigen Prioritäten setzt und somit effektiv gegen die Klimakrise vorgehen kann.

Wie eine schlaue Priorisierung aussehen muss und wie eine Balance zwischen verschiedenen Interessenlagen aussehen sollte, will ich in diesem Beitrag beleuchten.

Die richtigen Prioritäten setzen

In der Debatte um eine beschleunigte Planung muss klar definiert werden, was die gewünschten Effekte dieser Änderung sein sollen. Eine Planungsbeschleunigung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss vor allem dazu beitragen,

den Herausforderungen unserer Zeit adäquat begegnen zu können. In der legislativen Realität bedeutet das, dass Projekte wie Autobahnen, die mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt und den Klimaschutz einhergehen, keine Priorität in den Planungsprozessen erhalten dürfen. Sie leisten keinen Beitrag in der notwendigen und von uns angestrebten Transformation unserer Wirtschaft und Infrastruktur und müssen daher hinter Windkraftanlagen, Solarenergie und Energienetzen zurücktreten. Nicht nur haben sie selbst negative Auswirkungen auf die Klimakrise - sie schlucken im Prozess die sehr knappen Kapazitäten von Genehmigungsbehörden, Bauunternehmen und Planungsbüros.

Ein Instrument, über das wir diskutieren sollten, ist die Ausweitung des obligatorischen Umweltberichts im Rahmen von Flächenbeplanningvorhaben von Kommunen. Ein solcher Umweltbericht könnte in Zukunft neue Schwerpunkte mit dem Themenfeld CO₂-Emissionsreduktion erhalten. Dieser neu ausgerichtete Umweltbericht könnte auch einen Beitrag zur schlauen Priorisierung von Bauvorhaben leisten.

Allerdings ist die Umsetzung einer gerechten, beteiligten und ambitionierten Planungsbeschleunigung für klimafreundliche Bauvorhaben auch alles andere als einfach. Hier müssen wir uns fragen, wie wir eine solche Beschleunigung in einer Weise gestalten können, die auch unserer demokratisch-partizipativen Kultur gerecht wird.

Die Frage der Beteiligung

In der Debatte um Planungsvorhaben wird oft behauptet, dass Umweltverbände die Verfahren torpedieren und verzögern. Dies ist jedoch schlicht falsch. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen hat aufgezeigt, dass Verbandsklagen nur in einem geringen Umfang eingesetzt werden und lediglich 0,04 Prozent der abgeschlossenen Verfahren bei Verwaltungsgerichten durch Verbandsklagen veranlasst wurden. Diese Klagen sind aber in 50 Prozent der Fälle erfolgreich, was zeigt, dass soweit solche Instrumente eingesetzt werden, sie auch häufig eine berechtigte Intervention darstellen.

Um Klagen aber grundsätzlich zu verhindern und entstehende Konflikte möglichst früh zu lösen, ist es wichtig, dass Beteiligung so früh wie möglich in Genehmigungsverfahren stattfindet. Eine verbindliche, umfassende und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Prüfung von alternativen Projektumsetzungen sind hier zentral. Ein gutes Beispiel ist hier Baden-Württemberg, wo Regierungspräsidien und Land- und Stadtkreise zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung verpflichtet sind. Dabei ist der Grat zwischen Scheinbeteiligung und erfolgreichen partizipativen Prozessen häufig sehr schmal und entsprechend wichtig wird es in den kommenden Jahren, Best-Practice-Ansätze zwischen Kommunen und mit beispielsweise den Umweltverbänden zu entwickeln und auszutauschen.

Die Personalfrage

Partizipation noch früher im Verfahren einzusetzen ist wichtig. Eins ist klar - gute partizipative Prozesse brauchen hauptamtliches Personal, das sie stützt. Es ist auch unbestritten, dass die aktuelle Personalstärke in Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie Gerichten nicht ausreicht, um den Anforderungen einer schnellen Klimatransformation gerecht zu werden. Der Personalabbau in den letzten Jahren hat zu einer Situation geführt, in der Verfahren zu lange liegen bleiben. In einer Atmosphäre der kollektiven Überlastung liegt es nahe, dass im Zweifel aufwendige Beteiligungsverfahren auf der Strecke bleiben.

Um die Herausforderungen dennoch zu bewältigen, ist es zentral, dass das Personal in den kommunalen Planungs- und Genehmigungsbehörden aufgestockt wird. Hierfür müssen neue rechtliche und finanzielle Wege zwischen Bund und Ländern gefunden werden.

Die Aufstockung des Personals muss auch strukturgerecht erfolgen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass die Finanzierung und Ressourcen auch in strukturschwachen Kommunen ausreichend zur Verfügung stehen. Eine Wende in der Planungsbeschleunigung und Beteiligung vor Ort ist eine Frage von Ambition und einer konsequenten Finanzierung.

Zuletzt bietet gerade auch die Digitalisierung eine wichtige Chance, um Planung und Genehmigung schneller, transparenter und näher an den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten. Eine einheitliche, öffentliche Informations- und Datenplattform, um frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu schaffen, muss Realität werden. Digitale Beteiligungsformate werden in Zukunft mehr Menschen Teilhabe ermöglichen.

Schlussendlich kann ich nur noch einmal unterstreichen, wie dringlich die Debatte um die Planungsbeschleunigung ist. Der Erfolg der Ampel-Koalition wird sich mit daran entscheiden, ob wir die richtigen Priorisierungsentscheidungen treffen und im notwendigen Tempo auf den Weg bringen. Dabei ist eine so große Veränderung in unseren Verwaltungen, unserem Recht und der physischen Realität vor Ort auch eine Chance, Beteiligung neu zu denken und mit digitalen Ansätzen und klaren Ansprüchen für die Bürgerbeteiligung endlich im 21. Jahrhundert anzukommen. /



Karoline Otte

ist seit September 2021 Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/ Die Grünen. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen. ▶

GEHT DOCH!

Wie Planungsbeschleunigung durch Bürgerbeteiligung
gelingen kann - von Dr. Andreas Paust

Kein Zweifel: Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturvorhaben dauern lange - gerade auch für diejenigen, die einen Beitrag zur Energieerzeugung leisten, wie zum Beispiel Windparks oder neue Stromleitungen. Zahlreiche Raumwiderstände und Schutzgüter müssen gesichtet und beurteilt, seltene Tier- und Pflanzenarten aufgespürt und mitunter mehrmals kartiert, maßgebliche Immissionsorte identifiziert und die Auswirkungen von Schall und elektromagnetischen Feldern bewertet werden. Alle Untersuchungsergebnisse sind in umfangreichen, manchmal bis zu tausend Seiten langen Gutachten zu dokumentieren und durch detailliertes Kartenmaterial zu erläutern. Das alles wird von zahlreichen Trägerinnen und Trägern öffentlicher Belange kommentiert und von Genehmigungsbehörden akribisch geprüft. Ein schließlich ergangener Genehmigungsbescheid wird dann nicht selten vor Gericht angefochten und über mehrere Instanzen verhandelt, mit der Folge, dass sich der Baubeginn jahrelang verzögert.

Zahlreiche Vorschläge, um Genehmigungsverfahren zu verkürzen, liegen mittlerweile auf dem Tisch: Auf Umweltverträglichkeitsprüfungen soll ganz oder teilweise verzichtet werden, Genehmigungsbehörden sollen mehr Personal erhalten, bestimmte Genehmigungsschritte sollen verkürzt werden oder Planungsphasen komplett entfallen, den Vorhabenträgern soll ein vorzeitiger Baubeginn gestattet werden, Klagen sollen nicht mehr zulässig oder von den Gerichten vordringlich zu bearbeiten sein.

Nicht selten wird auch eine „ausufernde“ Bürgerbeteiligung als Grund für langwierige Genehmigungsverfahren genannt und ihre Einschränkung als Mittel zur Planungsbeschleunigung empfohlen. Dies allerdings beruht auf einem Missverständnis, was Bürgerbeteiligung eigentlich ist und wie sie im Umwelt-, Planungs- und Verfahrensrecht normiert ist. Ausgehend vom Konzept der politischen Partizi-

pation meint Bürgerbeteiligung die systematische Einbeziehung von Betroffenen in politische und planerische Entscheidungsprozesse mit Hilfe von formellen und informellen Beteiligungsverfahren. Friedliche oder gewaltsame Proteste gehören ebenso wenig zur Bürgerbeteiligung wie Klagen und gerichtliche Auseinandersetzungen.

Die formellen Verfahren der Bürgerbeteiligung sind unter der Bezeichnung „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“ lange etabliert. Hierbei werden Betroffene eines Vorhabens durch die öffentliche Auslegung von Plänen über die allgemeinen Ziele, Zwecke und Inhalte einer Planung, die in Betracht kommenden Alternativen und die voraussichtlichen Auswirkungen informiert. Es können Einwendungen erhoben und Stellungnahmen abgegeben werden, die in Anhörungen (zum Beispiel Antragskonferenzen, Scopingterminen) besprochen werden. Die Behörde muss sich mit den Stellungnahmen und Einwendungen befassen und über ihren Abwägungsprozess Auskunft geben, ohne dass die Einwender ein Anrecht darauf haben, dass den Einwendungen gefolgt wird. Das alles kann sich im Laufe eines komplexen Vorhabens mehrmals wiederholen. Der Genehmigungsbescheid ist dann gerichtlich überprüfbar, was zu Baustopps und Umplanungen führen kann.

Hier allerdings endet die formelle Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung, denn die Klage gegen einen Genehmigungsbescheid oder einen Planfeststellungsbeschluss ist keine Bürgerbeteiligung. Wenn Anwohnerinnen und Anwohner gegen ein Windrad protestieren, nehmen sie ihr grundgesetzlich geschütztes Versammlungs- und Demonstrationsrecht wahr. Wenn sie gegen die Genehmigung dieses Windrades klagen, beschreiten sie den Rechtsweg. Beides sind konstituierende Elemente unseres demokratischen Rechtsstaats, die nichts mit Bürgerbeteiligung zu tun haben. Entgegen anderslautender Behauptungen ist deshalb auch noch nie „aus-

ufernde“ Bürgerbeteiligung ein Grund für jahrelange Genehmigungsverfahren und Baustopps gewesen. Bei genauem Hinsehen sind es Planungsfehler, Geldmangel oder fehlende beziehungsweise unvollständige Gutachten, die dazu geführt haben, dass zum Beispiel die Elbphilharmonie in Hamburg sieben Jahre später fertig und zehnmal teurer wurde als gedacht oder dass der Flughafen Berlin-Brandenburg erst mit neun Jahren Verspätung eröffnet werden konnte.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie im Umwelt-, Planungs- und Verfahrensrecht normiert ist, zeichnet sich dadurch aus, dass sie hochgradig formalisiert ist und zunehmend als bürokratische, nicht ernst gemeinte oder schlechte Bürgerbeteiligung wahrgenommen wird, die zu Protesten und Klagen führt. Das heißt nicht im Umkehrschluss, dass gute Bürgerbeteiligung in jedem einzelnen Fall zu einer Befriedung von Konflikten führt, aber sie erhöht eindeutig die Chancen dafür.

Denn wenn Betroffene

- frühzeitig, ausführlich, verständlich und wahrheitsgemäß darüber informiert werden, was sich in ihrem Lebensumfeld verändern soll und welche Auswirkungen das auf ihr persönliches Wohlbefinden hat,
- ausreichend Zeit und Gelegenheit haben, auf vielfältigen Wegen ihre Sorgen und Ängste zu artikulieren und Vorschläge zu möglichen Alternativen zu machen,
- davon überzeugt sind, dass ihre Sorgen ernst genommen und ihre Vorschläge ergebnisoffen geprüft und abgewogen werden,

dann besteht die reelle Chance, dass sie, wenn nicht das Ergebnis, so doch wenigstens das Verfahren des durchgeführten Planungs- und Genehmigungsverfahrens akzeptieren – und auf Proteste und Klagen verzichten.

Dazu allerdings bedarf es der informellen Bürgerbeteiligung. Anders als bei den formalisierten Verfahren der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung findet bei gut gemachten dialogischen Beteiligungsformaten ein echter Diskurs auf Augenhöhe statt. Die Teilnehmenden diskutieren miteinander und mit Fachleuten und suchen dabei gemeinsam nach Lösungen beziehungsweise erarbeiten Vorschläge. Solche kooperativen (auch kollaborativ oder ko-kreativ genannten) Formate sind mittlerweile gut erprobt; sie werden in zahlreichen Varianten durchgeführt und sind bekannt unter Bezeichnungen wie Bürger- und Konsensuskonferenz, Bürgerwerkstatt, Charette, Mediation, Planungsworkshop, 21st Century Town Meeting®, Zukunftskonferenz oder Zukunftswerkstatt. Bei ihnen werden bestimmte Moderationstechni-

ken eingesetzt wie Appreciative Inquiry, Dragon Dreaming, Planspiel, Open Space, Planning for Real, Ortsbegehungen, Theorie U und World Café. Bei allen diesen Formaten besteht eine reelle Chance, dass die Teilnehmenden Verständnis für die unterschiedlichen Positionen entwickeln, dass breit akzeptierte Lösungen erarbeitet werden und dass die erarbeiteten Ergebnisse in die politischen und planerischen Entscheidungsprozesse einfließen.

Der Verein Deutscher Ingenieure hat 2015 in seiner Richtlinie VDI 7000 detailliert dargelegt, wie eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten aussehen kann. Genehmigungsbehörden sollten jeden Vorhabenträger drängen, sich an den dort gemachten Hinweisen zu orientieren. Rechtlich stützen können sie sich dabei auf den § 25 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, in dem es heißt: „Die Behörde wirkt darauf hin, dass der Träger bei der Planung von Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können, die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet (frühe Öffentlichkeitsbeteiligung). (...) Das Ergebnis der vor Antragstellung durchgeführten frühen Öffentlichkeitsbeteiligung soll der betroffenen Öffentlichkeit und der Behörde spätestens mit der Antragstellung, im Übrigen unverzüglich mitgeteilt werden.“

Dialogische Beteiligungsverfahren sollten im Rahmen eines Planungs- und Genehmigungsverfahrens immer wieder von der Zivilgesellschaft und den Behörden eingefordert werden. Sie sollten so geplant und durchgeführt werden, dass sie zeitlich mit den übrigen Verfahrensschritten synchronisiert sind. Auf diese Weise verlängern sie den Genehmigungsprozess nicht, sondern unterstützen ihn. Eine gelungene Verzahnung der verschiedenen Planungsschritte eines Infrastrukturvorhabens mit passenden Formaten der informellen Bürgerbeteiligung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Planungsbeschleunigung. /



Dr. Andreas Paust

hat Sozialwissenschaften studiert und über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid promoviert. Er ist Vorsitzender des Kompetenzzentrums Bürgerbeteiligung e.V. und betreibt den Bürgerbeteiligungs-Blog partizipendum.de.



Wie geht es mir mit dem radikalen Klimaprotest?

Ein Beispiel für das Gesprächsformat „Sprechen & Zuhören“ -
berichtet von Dieter Halbach

Das Gesprächsformat „Sprechen & Zuhören“ entstand bei Mehr Demokratie in der Coronazeit, um in der auch intern schwierigen Kommunikation zu einem vertrauensvollen Umgang zurückzufinden. Seitdem wird es erfolgreich auch öffentlich angeboten. Bisher haben zehn Dialoge online zu verschiedenen aktuellen Themen (zum Beispiel zur Coronapandemie, Klima, Ukrainekrieg) und mehr als zehn Dialoge in Präsenz unter anderem auch zu lokalen Konflikten in Kommunen stattgefunden.

Am 1. Februar hatten wir online zu dem Thema Klimaprotest eingeladen. Es haben 70 Personen teilgenommen, die sich in Gruppen von fünf Personen ausgetauscht haben. Hier ein Auszug aus dem Einladungstext: „Angestoßen durch den Widerstand in Lützerath und die Aktionen der *Letzten Generation* haben wir uns dieses Mal bei ‚Sprechen & Zuhören‘ für das kontroverse Thema der Klimaproteste entschieden - viele Menschen, die sich für das 1,5 Grad-Ziel einsetzen, sind in dieser Frage gespalten. Wie weit darf Protest gehen? Rechtfertigt die Rettung des Klimas die Blockade einer kleinen Gruppe? Ist diese Wahrheit absolut oder braucht es politische Kompromisse? Wo werden durch diese Aktionen der demokratische Rechtsstaat und seine Entscheidungen in Frage gestellt? Oder andersherum, wo wird das 1,5 Grad-Ziel in den politischen Kompromissen verraten?“

Fragen, zu denen es viele unterschiedliche Argumente gibt. Oft geht die Zerrissenheit nicht nur durch die beteiligten Gruppen, sondern auch durch uns selbst. Es ist eine emotionale Debatte. In unserem Gesprächsformat „Sprechen & Zuhören“ wollen wir diese Emotionen bewusst zulassen und wahrnehmen.



WAS IST SPRECHEN & ZUHÖREN?

„Sprechen & Zuhören“ ist mehr als eine Debatte im Chat oder eine einzelne Wortmeldung nach einer Podiumsdiskussion. In zufällig zusammengestellten Kleingruppen bekommt jede Person gleich viel Redezeit und hört jeder anderen Person in der Runde zu.

Politische Debatten verlaufen anders, wenn wir uns einbringen können, nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit persönlichen Erfahrungen und Emotionen. Die Hoffnung ist, dass wir so von der reinen Informationsaufnahme und dem in der Politik üblichen Schlagabtausch wegkommen. Dass wir uns - egal zu welchem politischen Thema - als Menschen begegnen und damit vielleicht sogar verändert aus einem Gespräch herausgehen. Denn das Gespräch ist die Seele der Demokratie.

Das Besondere an diesem Format ist die achtsame Gesprächskultur. Jede Person darf sprechen, ohne unterbrochen und bewertet zu werden. Dabei achten wir auch auf unsere inneren Reaktionen (Ärger, Müdigkeit, Ablehnung, Unsicherheit) ohne sie direkt konfrontativ auszuleben. Zwischen den insgesamt drei Gesprächsrunden wird für einen Moment innegehalten. In der letzten Runde wird gefragt, ob sich etwas in uns und in der Wahrnehmung der anderen Personen und Meinungen verändert hat. Es braucht in diesem

Format erstmal keine Einigung, sondern stattdessen die Neugier und den Respekt voreinander.

Die gesellschaftliche Polarisierung

Das Gesprächsformat ist also insbesondere für eine Verständigung in polarisierten Situationen geeignet. So gehen die Meinungen in der Gesellschaft über den Klimaprotest weit auseinander. In Umfragen heißt es mehrheitlich: Klimaschutz ja, radikaler Protest nein. Die Aktionen der *Letzten Generation* halten die meisten für zu radikal und für Erpressung der demokratisch gewählten Regierung. 86 Prozent der Befragten fanden, dass die *Letzte Generation* mit ihren Aktionen dem Anliegen des Klimaschutzes schadet (repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey). Nur sieben Prozent glauben demnach, dass die Aktionen dem Klimaschutz nutzen, weitere sieben Prozent waren unentschieden – auch dann, wenn sie mehr Klimaschutz forderten (wie insgesamt knapp drei Viertel der Befragten).

So sehr ich die Ziele der Klimaaktivisten gut heiße – wenn diese Form der Proteste akzeptiert würde, würde man Türen und Tore öffnen, dass alle kleinen Gruppen der Gesellschaft ähnliche Maßnahmen für ihre Ziele ergreifen würden.

#NDRfragt-Teilnehmerin Luise, 28, aus Niedersachsen

Am 3. März 2023 in der Hamburger Innenstadt. Mehrere Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten der *Letzten Generation* blockieren die Straße. Heftige Diskussionen entbrennen zwischen Wartenden in ihren Autos und den Aktivistinnen und Aktivisten. Ein Autofahrer hat die Nase voll und fängt an, die Blockierer von der Straße zu zerren: „Verpisst euch!“ Es kommt zu Prügeleien mit Aktivisten. Im Netz wird der Autofahrer als Held gefeiert.

Berlins Regierungsviertel am 4. März 2023: Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten beschmieren die Gedenkstätte „Grundgesetz 49“. Sie zeigt die 19 Grundrechtsartikel des deutschen Grundgesetzes in ihrer Urfassung von 1949. Die Gruppe sagt, man habe die Glasskulptur „in Erdöl getränkt“. Man habe gezeigt, wie die Regierung mit den Grundrechten umgeht. „Erdöl verfeuern oder Grundrechte schützen? 2023 geht nur eines von beidem.“ Bundestagspräsidentin Bärbel Bas kritisierte die Aktion der Gruppe. „Ein Kunstwerk mit unserem Grundgesetz wurde be-

schmiert. Das empört mich und dafür fehlt mir jedes Verständnis“, sagte die SPD-Politikerin. Das Kunstwerk stehe als Mahnung, die Grundrechte zu achten und zu schützen. Es wurde Strafanzeige gestellt.

Kann es in so einer polarisierten Stimmung noch Verständigung geben?

Die Erfahrung des Dialogs

Bei „Sprechen & Zuhören“ trafen Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten auf Menschen, die die Klimakrise für eine Erfindung einer Machtelite halten. Und natürlich waren auch alle Positionen dazwischen vertreten. Wie also kann ein Dialog stattfinden?

Da die Gesprächsgruppen nicht öffentlich sind, kann ich nur aus meiner Gruppe und dem anschließenden öffentlichen Feedback (siehe „Stimmen“) berichten. Ein roter Faden schien mir der Umgang mit der eigenen Ohnmacht zu sein. Das Thema Klima ist so bedrohlich und wird als unveränderbar wahr genommen, dass es oft zu Verzweiflung führt. Klimawandel ist durch seine Absolutheit auch eine große Projektionsfläche für persönliche Ohnmachtserfahrungen. Auch die Aktionen der *Letzten Generation* zum Beispiel werden als Verzweiflungstaten wahrgenommen – und so gerechtfertigt oder abgelehnt. In meiner Gruppe berichtete ich über meine Erfahrungen im gewaltfreien Anti-Atom-Widerstand – und wie sehr er die Menschen über Unterschiede hinaus verbunden hat. Die Entstehung von sozialem Vertrauen war damals der Schlüssel zum Erfolg und könnte es auch heute durch mehr Dialog wieder sein. Zuvor hatte ich in der Gruppe eine Art „Kulturpessimismus“ wahrgenommen: „Alle sind heute nur auf sich selbst bezogen ... Man kann nichts machen.“ Nach meinem Erfahrungsbericht lichtete sich das etwas.

Ein Beispiel für die positive Magie des Dialogs scheint auch in diesem Briefwechsel danach auf: „Ich gehe aus dem Austausch in meiner Zufallsgruppe ratlos und mit dem Gefühl der Ohnmacht heraus: egal, wen ich wähle, wie viel Strom/Wasser/Benzin etc. ich spare – ich kann nichts verändern, es nutzt nichts ... Ich glaube, mein persönliches Stimmungsbild ist auch ein Abbild der Stimmung in unserer Gesellschaft.“

Unsere Antwort: „Zunächst einmal: Sie sprechen in Ihrer Mail ja verschiedene Themen an: Die Berlinwahl, das Konsumverhalten, das Thema ‚Klimawandelleugnung‘. Vermischt mit den Erfahrungen Ihrer Gesprächsgruppe kann ich mir vorstellen, dass daraus ein Ohnmachtsgefühl entsteht ... Vielleicht hilft es, sich hier die Fragen zu stellen: Was gehört zum Thema, zur inhaltlichen Frage? Was gehört zu meinem persönlichen Erleben und Empfinden? Was gehört zum Empfinden und Erleben der anderen? ... Vielleicht schafft allein der Austausch schon ein Erleben der Selbst- ▶

Stimmen nach „Sprechen & Zuhören“

Wir haben die Teilnehmenden nach der Veranstaltung Anfang Februar gebeten, kurz ihre Erfahrungen aufzuschreiben. Etwa 90 Prozent der Stimmen spiegelten eine ähnlich positive Stimmung. Hier eine kleine Auswahl, auch von differenziert kritischen Stimmen.

Es ist so wichtig im Dialog zu bleiben, ehrlich zu teilen, in einem sicheren Raum.

- Die Atmosphäre wurde immer entspannter :-)
- Die Gespräche haben in mir das intergenerationale Wir-Gefühl gestärkt.
- Ich fühle mich emotional großzügiger, statt rational überzeugt.
- Mich nervte beim Zuhören, dass ein Teilnehmer seine Verschwörungsideologie verbreitete, anstatt über sein Erleben zu reden
- Der Austausch erzeugt Ent-Spannung
- Struktur und Stille sind gute Begleiter für Sowohl-als-auch. Danke für den Rahmen
- Dran bleiben ... (und Weiteratmen) trotz Frust und Hoffnungslosigkeit. Im Gespräch bleiben ist das allerwichtigste.
- Es gibt leider kein Fazit, Ergebnis, kein Zusammenwachsen, keine gemeinsame Kraft, keine politische Stärke, die bleibt. Ich vermisse den politischen Schulterschluss gegen die Einflussnahme durch die Industrien.
- Es hat mich aufgeräumt und angeregt und mir das Gefühl gegeben, dass es ein „wir“ gibt
- Es gab ganz viele Gedanken, die durch die Beiträge der anderen bei mir selbst entstanden sind.
- Jedes Gespräch öffnet neue Perspektiven
- Ich bin betroffen, traurig und dennoch ermutigt von dem Austausch.
- Es braucht eigentlich mehr Austausch mit ANDERSdenkenden – raus aus der Komfort-Zone
- Hier wird (gute, gewaltfreie) Kommunikation geübt.
- Ich fühl mich machtlos, Veränderung herbeizuführen.
- Es hat mich sehr bewegt, was hier gesagt wurde.
- Das Miteinander hat Ruhe im Austausch erzeugt.
- Ich fand es angenehm. So einen Dialog auf Augenhöhe würde ich mir im politischen Raum wünschen. Aber da kann ich wohl lange warten ...
- Mir hat das Gespräch, vor allem das Zuhören und aufeinander eingehen sehr gut getan. Auch wurden Perspektiven aufgezeigt, die in mir wieder Hoffnung erwecken.
- Schön war, neue Informationen von Lützerath-Beteiligten zu erhalten. Die Menschen wissen, dass mehr für die Umwelt getan werden muss und viele sind dazu auch bereit.
- Angst und Verzweiflung prägen die Gesellschaft. Es gibt keine Räume für Sicherheit und Zuversicht.
- Unser Gespräch hat in mir einen inneren Dialog ausgelöst, der noch sicher über die heutige Sitzung hinaus führen wird. Vielen Dank an meine Gesprächspartner.
- Das Thema Demokratie war nicht klar, es wurde eine andere Staatsform gewünscht, sehr bedenklich aus meiner Sicht.
- Mir hat es gutgetan, zu diesem Thema auch die Einstellung und Meinung eines jungen Menschen zu hören.
- Dass man nicht antworten muss, sondern Zeit hat zu überlegen und Notizen machen könnte war eine neue Erfahrung
- Wir waren uns fast zu einig in der Gruppe, hätte gern auch noch eine sehr gegensätzliche Position gehört
- Ich fand es gut, dass alle Meinungen sein dürfen – ohne konkretes Ergebnis.

wirksamkeit. Wenn wir mit der schwierigen Situation umgehen müssen, zum Beispiel weil die Politik zu langsam ist, dann sind wir wenigstens gemeinsam in der Bewältigung. Und damit meine ich nicht nur die praktische, sondern auch die emotionale Bewältigung.“ Es folgten einige Hinweise auf Aktionsideen und Initiativen.

Hier die Reaktion: „Vielen Dank für die ausführliche, informative, hilfreiche und motivierende Nachricht. Ich nehme daraus viel für mich mit, hab gleich mal auf den Links ‚geschmökert‘ und fühle mich gestärkt und ermutigt, weiterzugehen und mir eine Initiative in meinem Stadtbezirk zu suchen, die den Radverkehr stärkt. Gleichzeitig bestärkt mich Ihre Nachricht und Arbeit darin, dass Veränderung – mit viel Geduld – möglich ist. Ich bin bereit für weiteren Austausch, für das Gespräch mit anderen Menschen. Ich möchte noch anmerken, dass in meiner Zoom-Gruppe wohl die Mehrheit den Klimawandel für nicht unbedingt menschengemacht hielt, sondern eine Instrumentalisierung durch eine (höhere) nicht genau benannte Macht vermutet. Das hat meine ganz persönlichen Ohnmachtsgefühle heftig verstärkt. Durch Ihre Nachricht und durch Selbstreflexion bin ich zum Glück wieder ins Handeln gekommen – ein sehr wirksames Mittel gegen die Ohnmacht.“

Nach allen bisherigen Erfahrungen kommen wir im „Sprechen & Zuhören“-Organisationsteam zum Ergebnis, dass die Gesprächsmethodik ganz entscheidend ist. Und keineswegs selbstverständlich. Sie muss immer wieder erinnert und eingeübt werden. Das unterstreicht auch diese Rückmeldung: „Ich hatte den Eindruck, dass Menschen, die das Prinzip nicht kennen, doch zuvor ein Training brauchen würden oder zumindest einen Moderator/eine Moderatorin, welche auf die Einhaltung der Regeln verweist. In der Gruppe, in der ich sprach und zuhörte, formulierten die drei Frauen Ich-Botschaften und redeten von ihren Gefühlen und Erfahrungen, während die beiden Männer Vorträge hielten, der eine schwer verschwörungsideologisch gefärbt. Ich hatte den Eindruck, dass er die Gelegenheit nutzte und das Forum missbrauchte, um seine Ideologie zu verbreiten.“

Die Perspektive

Nach den Coronajahren, dem Ukrainekrieg, der Klimakrise und der ständigen Überflutung mit Nachrichten und Konflikten leben wir in einer erschöpften Gesellschaft. Und während wir selbst ständig überfordert werden, müssen wir uns gleichzeitig regenerieren lernen und unseren sozialen Zusammenhalt aufbauen. Kontakt und Einfühlung sind wesentliche Bausteine dafür.

Mit „Sprechen & Zuhören“ wollen wir einen Beitrag zu einer neuen demokratischen Kultur leisten. Dafür entwickeln wir das Format methodisch weiter und verbreiten es. Mit einer Reihe von Gruppen haben wir das empathische

Zuhören und Sprechen bereits geübt – vor allem in kommunalen Zusammenhängen. In Zukunft könnte ergänzend auch die Ko-Kreation, also die gemeinsame Lösungsfindung, hinzukommen.

„Da ist jetzt die Erkenntnis, dass die Möglichkeit der weisen Kommunikation, die ich aus unserem kleinen Redekreis her kenne, auch in der durch [M]ehr Demokratie erstellten großen Öffentlichkeit möglich werden kann.“

Es wird also Zeit, dass noch viel mehr Menschen davon erfahren. Bei Mehr Demokratie können Sie sich informieren, Leitfäden und Hilfestellung bekommen und „Sprechen & Zuhören“ dann selbst anwenden. Bei Bedarf helfen wir von Mehr Demokratie Ihnen beim Anschließen. Doch damit das funktioniert, müssen die Menschen erst erfahren, dass es „Sprechen & Zuhören“ gibt und warum es so besonders ist. Wir haben eine Agentur gefunden, die mit uns ein professionelles Video produzieren würde. Das Video soll anschaulich erklären, was hinter dem Austauschformat steckt, Stimmen einfangen, einen Eindruck davon vermitteln, wie bewegt die Teilnehmenden danach sind.

Das Video wird rund 4.000 Euro kosten. Helfen Sie uns, dieses Geld zusammenzubekommen? /



Jetzt spenden!

www.mehr-demokratie.de/spenden-sprechen-zuhoeren



Zum Demokratieverständnis der Letzten Generation siehe auch der Gastbeitrag auf Seite 26 und eine Stellungnahme von Mehr Demokratie www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2023/2023-02-15_Stellungnahme_zur_LG_final.pdf



Dieter Halbach

Redakteur des demokratie-Magazins.



Mehr Demokratie für alle?!

Ein Denkanstoß für Inklusion von Reinhard Hackl

Die Erzählung von Mehr Demokratie beinhaltet immer mehr Teilhabe der Einzelnen. Der Volksentscheid, Bürgerbegehren und neuerdings Bürgerräte sind dazu unsere Mittel. Doch erreichen wir mit unseren Ideen die Menschen in unserem Land?

In Deutschland gibt es rund 7,5 Mio. funktionale Analphabeten. Das sind Menschen, die es mit dem Lesen und Schreiben schwer haben. Viele Texte sind für sie ein ernsthaftes Hindernis. Dazu gehören zum Beispiel die Schreiben von Behörden. Die Universität Hamburg hat herausgefunden, dass 70 Prozent der Behördenschreiben nicht mal jeder zehnte Mensch wirklich versteht. Das ist erschreckend. Da können sich auch die Aktiven bei Mehr Demokratie fragen: Wie viele Menschen verstehen wohl unsere Info-Materialien, unsere Ideen oder gar Konzepte? Erreichen wir die Menschen überhaupt? Sprechen wir „ihre Sprache“?

Kritiker sagen, dass „direkte Demokratie“ ein Eliten-Projekt sei – ja, die politische Ungleichheit sogar weiter verschärfe. Die direkte Demokratie sei bislang ein „Bildungsbürger-Projekt“. Die geringe Beteiligung bei vielen Bürger- und Volksentscheiden scheint dies zu bestätigen.

Die Sachthemen, um die es geht, werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern gar nicht durchdrungen. Sie scheitern dabei auch an sprachlichen Hürden.

Es wird Zeit, dass Mehr Demokratie die Menschen in den Blick nimmt, für die sich komplexe Themen nicht so leicht erschließen. Unser Demokratiebegriff ist heute universeller, als in der alten Athener Demokratie. Damals war die Versklavung vieler die Voraussetzung für die Teilhabe weniger. Damit alle teilhaben können, müssen wir neue Wege der Verständigung gehen!

Der Aufbruch nach „Inklusien“

Wir sollten die Geschichte von dem Land Inklusien erzählen. Noch ist es eine Vision. Aber bald soll Inklusien Wirklichkeit werden!

In Inklusien gestalten *alle* Menschen die Politik mit. Sie äußern ihren Willen in Volksentscheiden. Sie haben Ideen für Bürgerbegehren. Und neuerdings wählen sie Bürgerräte, in denen die verschiedensten Menschen ihre politische Teilhabe leben können. Um den Weg nach Inklusien zu finden, müssen wir unsere Sichtweise ändern.

Damit uns alle verstehen können, müssen wir eine einfache Sprache sprechen. Dazu sollten wir allen, die für Mehr Demokratie aktiv unterwegs sind und Öffentlichkeitsarbeit machen, Workshops in einfacher Sprache anbieten. Ein solcher Workshop-Anbieter ist zum Beispiel *1a-Zugang* vom Netzwerk *capito*. Er hat es geschafft, im Landratsamt Böblingen flächendeckend Qualitätszirkel für einfache Sprache zu initiieren. Dort werden jetzt systematisch die Behördenschreiben so umgeschrieben, dass sie auch jede und jeder verstehen kann.

Kritiker sagen, dass „direkte Demokratie“ ein Eliten-Projekt sei ... Es wird Zeit, dass Mehr Demokratie die Menschen in den Blick nimmt, für die sich komplexe Themen nicht so leicht erschließen.

Das ist kaum zu glauben: Plötzlich will eine Behörde von ihren Bürgerinnen und Bürgern verstanden werden. Das könnte Mehr Demokratie doch mit seinen Vorschlägen und Konzepten auch machen!

Wir müssen uns noch mehr Hilfe an Bord holen. Menschen mit Behinderung, sozial Benachteiligte und/oder mit Migrationshintergrund lesen unsere Vorschläge gegen und sagen uns, ob sie sie verstehen. Gewissermaßen Qualitätschecks durch diejenigen, die sich bisher nicht beteiligt haben, weil sie unsere Anliegen schlicht nicht verstanden haben.

In Inklusion leben Menschen, die ganz schön pfiffig sind, und schon begonnen haben, Ihre Interessen zu vertreten. Sie könnten unsere Ansprech- und Bündnispartnerprojekte werden. Gemeinsam mit ihnen hätte der Versuch „Mehr Demokratie für alle!“ viel bessere Chancen, Wirklichkeit zu werden. Solche Partnerprojekte könnten zum Beispiel *Die Sozialhelden* mit Raul Krauthausen, aber auch die Lebenshilfen sein. Die Lebens- und die Demokratiehilfe tun sich zusammen. Ein schönes Bild. Ich könnte mir auch gemeinsame Projekte vorstellen, die zum Beispiel die Inklusion in den Schulen voranbringen. Gemeinsames Lernen ist auch Mehr Demokratie! Der erste Volksantrag in einem Bundesland dazu wartet noch darauf, geschrieben zu werden.

Teilhabe durch Mehr Demokratie

Wir lernen die Sprache für Inklusion neu und können so unsere Ideen besser verbreiten. Für notwendige Schulungen benötigen wir natürlich Material in einfacher* und leichter** Sprache. Wir helfen dabei, dass Menschen mit Behinderung und sozial abgehängte Menschen sich politisch äußern können. Sie beteiligen sich vor Ort und initiieren zum Beispiel Projekte für Barrierefreiheit. Sie werden damit auch befähigt,

in einem Bürgerrat ihre Interessen zu vertreten. Der Weg dahin ist weit, aber wir könnten ihn in Kooperation mit den Lebenshilfen und den Volkshochschulen beschreiten.

Noch weitere Inseln nebenan

Doch es gibt noch andere Inseln in unserem Land, in denen sich Teile der Bevölkerung abgehängt fühlen - wo Demokratie bislang wenig Chancen hatte, bei den Menschen anzukommen.

Ich meine Gegenden mit einem hohen Anteil von Russland-Deutschen, Migrantinnen und Migranten und AfD-Wählerinnen und AfD-Wählern. Dort wird es darum gehen, die Funktionsweise von Demokratie zu erklären und einzuüben, den Aushandlungsprozess und den Kompromiss zu erfahren. Schließlich müssen auch dort die Menschen befähigt werden, eigene Interessen auf demokratische Weise durchzusetzen. Dabei wird es immer darum gehen zu verdeutlichen, dass sich Demokratie und Ausgrenzung nicht vertragen.

Vielleicht wäre es eine gute Idee, in solche Gebiete „Demokratie-Hüterinnen und -Hüter“ zu schicken, die mit einfacher Sprache für Demokratie, Toleranz und Beteiligung werben. Wir könnten solche Demokratie-Hüterinnen und -Hüter ausbilden, dafür Spendengelder sammeln und daraus ein Projekt machen. Mehr Demokratie - ein Licht an dunklen Orten. Auch hier könnte Inklusion sein!

Jetzt kommt es darauf an, den Blickwinkel zu ändern, Scheuklappen abzulegen und mit einem neuen Blick auf die Welt loszusegeln. Auf uns wartet eine neue Welt! /



*einfache Sprache, entspricht in etwa B1 Niveau, den Kurs dazu müssen alle Flüchtlinge machen. Wird sicher von 80 Prozent der Bevölkerung verstanden. Es lassen sich auch rechtssichere Texte, zum Beispiel Gesetzentwürfe, auf B1 Niveau verfassen.

**leichte Sprache, sehr einfach, arbeitet auch mit Bildern, 100 Prozent Verständlichkeit. Man benötigt meist eine Prüfgruppe aus Menschen mit Behinderung. Enges Regelwerk.



1a Zugang Beratungsgesellschaft mbH
capito Stuttgart, Robert-Bosch-Str. 15,
71116 Gärtringen, www.1a-zugang.de



Reinhard Hackl

14 Jahre Landesvorstand von Mehr Demokratie in Baden-Württemberg. Seit sieben Jahren Beauftragter für Menschen mit Behinderung im Landkreis Böblingen.



#mitentscheiden365

Seit mehr als 30 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

 facebook.com/mehrdemokratie
 twitter.com/Volksentscheid
 instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**